



An die<sup>1</sup>  
Bezirksregierung  
Dezernat 34 – EU-Förderung  
Europäischer Sozialfonds

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Fördermitteln des ESF aus der Förderphase 2021 – 2027; ESF-Förderrichtlinie 2021 – 2027, Förderprogramm „7.1 ESF-kofinanzierte Einzelprojekte“  
Personaleinsatz nach Funktionen mit Restkostenpauschale**

**1. Rechtsfähiger Antragsteller<sup>2</sup>**

1.1. Name/Bezeichnung \_\_\_\_\_  
 Anschrift \_\_\_\_\_  
 Vertretungsberechtigt \_\_\_\_\_  
 Geschäftsführung      Frau \_\_\_\_\_  
    Herr \_\_\_\_\_  
 Art/Rechtsform (s. Anlage 1) \_\_\_\_\_  
 Steuernummer \_\_\_\_\_  
 Registernummer (aus z.B. Vereins-/Handelsregister o.Ä.) \_\_\_\_\_  
 Registerbezeichnung (aus z.B. Vereins-/Handelsregister o.Ä.) \_\_\_\_\_

- 1.2. Zugehörigkeit zur Gruppe der
- |                                    |                       |
|------------------------------------|-----------------------|
| Privatwirtschaftlichen Unternehmen | Freien Träger         |
| Gewerkschaften                     | Wohlfahrtsverbände    |
| Kirchen                            | Gebietskörperschaften |
| Wirtschaftsverbände                | Sonstige              |

<sup>1</sup> Bitte Name und Adresse der zuständigen Bezirksregierung eintragen  
<sup>2</sup> Die genaue Bezeichnung des rechtsfähigen Antragstellers ist anzugeben. Nur Antragsteller mit eigener Rechtsfähigkeit können Zuwendungsempfänger werden (z.B. GmbH, e.V., Gemeinde, Zweckverband des öffentlichen Rechts). VHS können nur Antragsteller sein, wenn sie z.B. als GmbH rechtsfähig sind. Gehören sie dagegen z.B. zu einer Kommune oder einem Zweckverband kann nur die Gemeinde oder der Zweckverband Antragsteller sein.

**1.3. Angaben zum Wirtschaftszweig** (bitte entnehmen Sie die auf Sie zutreffende Kennziffer der beiliegenden Anlage 2 „Angaben zum Wirtschaftszweig – Kennziffernverzeichnis“)

Kennziffer \_\_\_\_\_

**1.4. Auskunft erteilt:**

Name \_\_\_\_\_

Telefon (Durchwahl) \_\_\_\_\_

Telefax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

**1.5. Bankverbindung**

Kreditinstitut \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Ggfls. Az./Buchungsstelle \_\_\_\_\_

**1.6. Durchführungsort des Projektes** (falls abweichend vom Sitz des Antragstellenden)

Anschrift \_\_\_\_\_

Soll diese Maßnahme über den genannten Durchführungsort hinaus an weiteren Durchführungsorten in anderen Kreisen oder kreisfreien Städten umgesetzt werden?

ja                      nein

Falls ja: Liegen alle Durchführungsorte im gleichen Regierungsbezirk?

ja                      nein

**1.7. Weiterleitung der Zuwendung**

Sollen Teile der Zuwendung an Dritte weitergeleitet werden?

ja                      nein

Wenn ja:

Füllen Sie bitte die Anlage „Weiterleitung der Zuwendung“ aus.

## 2. Projekt

### 2.1. Projektbezeichnung

---

### 2.2. Projektkurzbeschreibung (Darstellung des Projektes mit Angaben zum Ziel, der Zielgruppe, ggfls. Beteiligten mit max. 500 Zeichen)

---

### 2.3. Durchführungszeitraum des Projektes

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

### 2.4. Gesamtzahl der Teilnehmenden (soweit zutreffend)

Jahr 20__	Jahr 20__	Jahr 20__
_____	_____	_____

### 2.5. Beitrag des Projektes zu den Querschnittszielen des ESF und zur Integration von sogenannten Armutszuwanderern und von asyl- und schutzsuchenden Menschen oder anerkannten Flüchtlingen.

Das Projekt

- fördert in ihrer Konzeption die Gleichstellung von Männern und Frauen.  
ja                      nein
- leistet einen Beitrag zur Nachhaltigkeit im Sinne von Umweltschutz, Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Katastrophenresistenz sowie Risikoprävention und -management.  
ja                      nein
- leistet einen Beitrag zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der

Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.

ja                      nein

- leistet einen Beitrag zur Integration von sogenannten Armutszuwanderern in den Arbeitsmarkt.

ja                      nein

- leistet einen Beitrag zur Integration von asyl- und schutzsuchenden Menschen oder anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

ja                      nein

## 2.6. Transnationale Projekte

Falls es sich um ein transnationales Projekt handelt, tragen Sie hier bitte den transnationalen Partner ein: \_\_\_\_\_

## 3. Kalkulation für Personaleinsatz nach Funktionen und Restkostenpauschale

### 3.1. Berechnung – Personaleinsatz nach Funktionen (Standardeinheitskosten) und Restkostenpauschale

(Die Anlagen „Maßnahmeplanung über das im Projekt eingesetzte Personal“ ist zwingend auszufüllen.)

(Bitte tragen Sie die ermittelten Zwischensummen gem. o.g. Anlage ein.)

Funktion	Gesamtbetrag
<b>Projektmitarbeit</b>	_____ €
<b>Davon 20 % der Summe der Standardeinheitskosten für Funktionen als Restkostenpauschale</b> (aus Maßnahmeplanung zu entnehmen; relevant für Ziffer 4.)	_____ €
<b>Summe</b>	_____ €

#### 4. Finanzierungsplan gesamt – Zusammenfassung

Bezeichnung	Gesamtbetrag	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit), davon im Jahr		
		20__	20__	20__
Personaleinsatz nach Funktionen (Standardeinheitskosten) (Summe unter 3.1.)	_____ €	_____ €	_____ €	_____ €
Restkostenpauschale (Pauschalsatz) (Summe unter 3.1.)	_____ €	_____ €	_____ €	_____ €
<b>zuwendungsfähige Gesamtausgaben</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>
davon				
Leistungen Dritter <sup>3</sup> privat	_____ €	_____ €	_____ €	_____ €
Leistungen Dritter <sup>3</sup> öffentlich	_____ €	_____ €	_____ €	_____ €
Eigenanteil	_____ €	_____ €	_____ €	_____ €
<b>beantragte Gesamtzufwendung</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>	<b>_____ €</b>

<sup>3</sup> Leistungen Dritter: z.B. zweckgebundene Spenden  
Stand: 12.11.2021

## **5. Begründung**

### **5.1. Zur Notwendigkeit des Projektes**

(z.B. Schilderung der Beschäftigungs-, und sektoralen Probleme, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Projekten desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Raumbedarf)

---

### **5.2. Zur Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung**

(z.B. Eigenmittel, Förderhöhe, Landes-/EU-Interesse an dem Projekt, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

---

## **6. Erklärung**

Hiermit erkläre ich, dass

- 6.1.** mit dem Projekt noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. das Projekt am \_\_\_\_\_ beginnen soll und dazu die Zustimmung der übrigen Finanzierungsträger vorliegt. Hiermit beantrage ich zudem mit beigefügter formloser Begründung die Zustimmung zum förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmebeginn. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich auch bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.
- 6.2.** das Projekt gemäß den Vorschriften und Zielen der Europäischen Union durchgeführt wird.
- 6.3.** bei der Projektumsetzung die Gleichstellung von Männern und Frauen Berücksichtigung findet.
- 6.4.** für die hier beantragte Zuwendung neben der im Finanzierungsplan/in den Finanzierungsplänen ausgewiesenen öffentlichen Förderung keine anderweitigen öffentlichen Mittel beantragt wurden bzw. werden.

- 6.5.** die Angaben in diesem Antrag einschließlich der Anlagen vollständig und richtig sind.
- 6.6. Nachweis der finanziellen und administrativen Leistungsfähigkeit** (gilt nicht für Gemeinden und Gemeindeverbände)  
die „Bescheinigung in Steuersachen“ (ehemals: steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung) des zuständigen Finanzamtes beigelegt ist und ausweist,  
    dass keine Steuerrückstände bestehen.  
    dass Steuerrückstände bestehen.  
eine „Bescheinigung in Steuersachen“ aus folgenden Gründen vom zuständigen Finanzamt nicht ausgestellt wird:

**Hinweis:**

Die finanzielle und administrative Leistungsfähigkeit ist bei Projekten, die mit ESF-Mitteln gefördert werden sollen, gem. den europäischen Vorgaben zwingend zu prüfen. Ohne einen entsprechenden Nachweis ist eine abschließende Bearbeitung Ihres Antrages nicht möglich.

Sofern die vorgelegte „Bescheinigung in Steuersachen“ keine Steuerrückstände ausweist, dient diese als Nachweis.

Sollten Steuerrückstände ausgewiesen sein, ist die finanzielle und administrative Leistungsfähigkeit entsprechend darzustellen. Bitte nehmen Sie hierzu Kontakt mit der zuständigen Bewilligungsbehörde auf.

- 6.7.** das eingesetzte Personal entweder  
    nicht in einem anderen Projekt tätig ist oder  
    in einem anderen Projekt nur anteilig tätig ist und die Arbeitszeit den Stundenumfang einer vergleichbaren vollen Stelle des jeweiligen Arbeitgebers nicht übersteigt.
- 6.8.** dass während der Durchführung des Projektes keine Einnahmen aus der Projektstätigkeit erwirtschaftet werden (zum Beispiel durch Kursgebühren oder Beratungsdienstleistungen). Die Erklärung gilt auch im Falle einer Weiterleitung der Zuwendung.
- 6.9.** Erklärung **nur für** Gemeinden, Städte und Kreise  
das beantragte Projekt ausschließlich der Wahrnehmung freiwilliger kommunaler Aufgaben dient.

**6.10.** die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung eingehalten werden.

**6.11.** mir bekannt ist, dass die Zuwendung auf Grundlage von vereinfachten Kostenoptionen (Standardeinheitskosten, Pauschalbeträge und/oder Pauschalsätze) erfolgt.

**6.12.** die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

## **7. Hinweise auf und Erklärung zu § 264 StGB:**

Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass

- die nachfolgend unter Buchstaben a – l bezeichneten Angaben, Beschreibungen, Darstellungen, Begründungen und Erklärungen in diesem Förderantrag sowie in den beigefügten Anlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 24. März 1977 (GV. NRW S. 136/SGV. NRW 73) und § 2 des Subventionsgesetzes des Bundes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind:
  - a)** Angaben zum Antragstellenden (Ziffern 1.1., 1.4., 1.5. dieses Antrages),
  - b)** Angaben zum dem Projektort und einer Weiterleitung der Zuwendung (Ziffern 1.6., 1.7.),
  - c)** Beschreibung des Projektes einschließlich des Durchführungszeitraumes (Ziffern 2.1., 2.2., 2.3.),
  - d)** Angaben zu dem Finanzierungsplan (Ziffer 4.),
  - e)** Begründung der Notwendigkeit des Projektes, ihrer Förderung und der Finanzierung (Ziffer 5),
  - f)** Erklärung zum Projektbeginn (Ziffer 6.1.),
  - g)** Erklärung über anderweitige öffentliche Förderung (Ziffer 6.4.),
  - h)** Erklärung, dass die Angaben vollständig und richtig sind (Ziffer 6.5.)
  - i)** Erklärung über die Anlage „Bescheinigung in Steuersachen“ (Ziffer 6.6.)
  - j)** Erklärung zum eingesetzten Personal (Ziffer 6.7.),
  - k)** Erklärung zu Einnahmen (Ziffer 6.8.),
  - l)** Angaben in der Anlage „Maßnahmeplanung über das im Projekt eingesetzte Personal“.



- Rechtsgeschäfte zwischen Zuwendungsempfängenden und Dritten, die im Ergebnis zu einer Reduzierung des zu erbringenden Eigenanteils des Zuwendungsempfängenden oder Dritter führen (z.B. Scheingeschäfte, Scheinrechnungen) subventionserhebliche Tatsachen sind (betreffen Angaben zum Finanzierungsplan). Dem Zuwendungsempfängenden und/oder Dritten obliegt insoweit ebenfalls eine Mitteilungsverpflichtung.
- die Festlegung des Zuwendungszwecks in dem aufgrund dieses Antrages erteilten Zuwendungsbescheid als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen ist. Die Zuwendung darf daher nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden.
- Subventionsbetrug strafbar ist und ich mich gem. § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
  - einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind (§ 264 Abs. 1 Nr. 1 StGB),
  - einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende (§ 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB),
  - den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse (§ 264 Abs. 1 Nr. 3 StGB) oder
  - in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche (§ 264 Abs. 1 Nr. 4 StGB).
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

- gem. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I. S. 2037) der Subventionsnehmer verpflichtet ist, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Diese Mitteilungspflicht betrifft die o.g. subventionserheblichen Tatsachen und jede spätere Änderung derselben.
- § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I. S. 2037) Regelungen zu Scheingeschäften und zum Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten trifft, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinbehandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- eine Entstellung oder Unterdrückung der zu a – I genannten Tatsachen gegebenenfalls als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist.

#### **8. Datenschutzrechtliche Hinweise gemäß Art. 13 Abs. 1 und 2 DS-GVO für die Liste der Vorhaben sowie zur Antragsbearbeitung**

Die Förderung aus den EU-Strukturfonds ist gem. Artikel 49 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates daran gebunden, dass Ihre Daten in eine Liste der Vorhaben aufgenommen werden. Diese Liste enthält den Namen, den Ort und das Land des Begünstigten, eine Bezeichnung und eine Zusammenfassung (Zweck) des Vorhabens, Beginn- und Enddatum des Vorhabens sowie die Gesamtkosten des Vorhabens. Von Seiten der Verwaltungsbehörde werden den Angaben zum Vorhaben außerdem der Unions-Kofinanzierungssatz pro Prioritätsachse sowie die Bezeichnung des spezifischen Ziels und der Art der Intervention (Interventionsbereich) hinzugefügt. Die Liste der Vorhaben wird dauerhaft sowohl im Rahmen der Web-Präsentation des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (<http://www.esf.nrw>) als auch auf einer Seite des Bundes veröffentlicht und alle vier Monate aktualisiert. Im Rahmen der Antrags- und Projektbearbeitung

werden zu den Ansprechpartnern die personenbezogenen Daten Anrede, Vorname, Name, Adresse, Tel., und E-Mail verarbeitet.

Die Daten zu Begünstigtem und Antragsteller werden im Rahmen der Umsetzung des ESF von der zuständigen Bezirksregierung, der ESF-Verwaltungsbehörde, der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B. NRW), zu Prüfzwecken durch die zuständigen Prüfstellen sowie im Rahmen von Evaluationen von unabhängigen wissenschaftlichen Gutachtern verarbeitet. Wie oben beschrieben wird die Liste der Vorhaben zusätzlich durch das für den ESF zuständige Bundesministerium verarbeitet. Für die von Ihnen gespeicherten Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) sowie auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO). Bei der unten genannten Aufsichtsbehörde können Sie außerdem ihr Beschwerderecht geltend machen (Art. 77 DS-GVO). Ihre Daten werden bis zum 31.12.2036 aufbewahrt. Diese Frist verschiebt sich im Falle von anhängigen Rechtsverfahren oder auf Ersuchen der Europäischen Kommission (Analog zu Art. 76 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates).

Verantwortlicher i.S.v. Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf  
E-Mail: [abba-bisam-support@mags.nrw.de](mailto:abba-bisam-support@mags.nrw.de)

Datenschutzbeauftragte:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Frau Petra Bühler  
Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf  
E-Mail: [datenschutz@mags.nrw.de](mailto:datenschutz@mags.nrw.de)

Aufsichtsbehörde:  
Landesbeauftragte für Datenschutz  
und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestraße 2-4  
40213 Düsseldorf

Auftragsverarbeiter i.S.v. Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung:  
Information und Technik Nordrhein-Westfalen  
40193 Düsseldorf

Proximity Technology GmbH  
Bahnstrasse 2  
40212 Düsseldorf

## 9. Anlagen

Anlage „Bescheinigung in Steuersachen“ (verpflichtend)  
Anlage „Maßnahmeplanung über das im Projekt eingesetzte Personal“  
(verpflichtend)  
Anlage „Weiterleitung der Zuwendung“  
Qualifikationsnachweise für das Personal (in Kopie) (verpflichtend)  
Finanzierungszusage(n) Dritter (Letter of intent)  
bei privaten Unternehmen: aktueller Handelsregistereintrag  
bei nicht eingetragenen Unternehmen: Gesellschaftsvertrag  
[falls keine Gesellschaft: Gewerbeanmeldung (Ausnahme: freie Berufe)]  
bei Vereinen: aktueller Auszug aus dem Vereinsregister, Satzung  
Nachweis über die Zeichnungsbefugnis der vertretungsberechtigten Person  
des Zuwendungsempfängenden und ggf. des Weiterleitungspartners (z.B.  
Auszug bzw. Kopie des Handelsregisters oder Kopie des Schreibens über  
die interne Anweisung) (verpflichtend)  
Projektbeschreibung (Inhalt, Adressaten, Konzept, Kursausgestaltung,  
Organisationsform etc.)

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift

---

Name in Druckbuchstaben

## Anlage 1- Rechtsformen

Rechtsformangabe für Antragsformular	Rechtsform-Zuordnung zu Neugruppierung	Rechtsform Kurzbezeichnung	Anmerkung / Erläuterung	
Juristische Person des privaten Rechts ( <b>PR</b> )	AG (Aktiengesellschaft)	AG		
	AG & Co. KGaA	AG & Co. KGaA		
	Gemeinnützige GmbH	gGmbH		
	Genossenschaft	Genossenschaft (eG)		bei Eingetragener Genossenschaft (eG, § 17 Abs.1 GenG)
		Genossenschaft (SCE)		bei Europäischer Genossenschaft (SCE, VO (EG) Nr. 1435/2003)
	GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)	GmbH		
	KGaA	KGaA		
	Ltd. (Limited)	Ltd.		
	SE (Europäische Aktiengesellschaft)	SE		
	Stiftung (privatrechtlich)	Stiftung (privatrechtlich)		
UG (Unternehmergesellschaft)	UG			
Vereine (eingetragene und nicht eingetragene)	e. V.	bei <b>eingetragendem</b> Verein e. V. (§§ 21, 55 BGB), <b>altrechtlicher</b> Verein, <b>rechtsfähiger wirtschaftlicher</b> Verein (§ 22 BGB)		
Natürliche Person	Einzelunternehmen	Einzelunternehmen		
	e. Kfm./e. Kfr. (Eingetragener Kaufmann/eingetragene Kauffrau)	e. Kfm./e. Kfr.		
Personengesellschaften	AG & Co. KG	AG & Co. KG		
	GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)	GbR		
	GmbH & Co. KG (Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft )	GmbH & Co. KG		
	Ltd. & Co. KG	Ltd. & Co. KG		
	OHG / KG (Offene Handelsgesellschaft / Kommanditgesellschaft)	OHG / KG		
	PartG (Partnergesellschaft)	PartG		
	Vereine (eingetragene und nicht eingetragene)	Vereine	bei <b>nicht eingetragendem</b> Verein (§§ 21–54 BGB)	
Juristische Person des öffentlichen Rechts ( <b>ÖR</b> )	Genossenschaft	Genossenschaft	bei Realkörperschaften (z. B. Jagd- / Fischereigenossenschaften)	
	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Körperschaft		
	öffentliches Unternehmen	öffentl. Untern.	bei Gebiets- / Verbandkörperschaften sowie den jeweiligen Organen und öffentlichen Einrichtungen	
	öffentliches Unternehmen		bei Anstalten des öffentlichen Rechts	
	Stadt, Kommune, Landkreis etc.	Kommune		
	Stiftung (öffentlichrechtlich)	Stiftung (öffentlichrechtlich)		

## **Anlage 2 –**

### **Angaben zum Wirtschaftszweig – Kennziffernverzeichnis**

Die folgende Wirtschaftszweigschlüsselliste ist für Vorhaben des ESF in der Förderphase 2021-2027 gültig. Die ESF-Verwaltungsbehörde erhebt diese Informationen zum Wirtschaftszweig auf Basis des Anhanges I der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates.

- 1 Land- und Forstwirtschaft
- 2 Fischerei
- 3 Aquakultur
- 4 Sonstige Wirtschaftszweige im Zusammenhang mit den Ozeanen und der Küstenumwelt
- 5 Nahrungsmittel- und Getränkeherstellung
- 6 Herstellung von Textilien und Textilprodukten
- 7 Herstellung von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen
- 8 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
- 9 Sonstiges nicht spezifiziertes verarbeitendes Gewerbe
- 10 Baugewerbe / Bau
- 11 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- 12 Energie-, Wärme- und Kälteversorgung
- 13 Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- 14 Verkehr und Lagerei
- 15 Information und Kommunikation, einschließlich Telekommunikation
- 16 Groß- und Einzelhandel
- 17 Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie
- 18 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- 19 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und wirtschaftliche Tätigkeiten
- 20 Öffentliche Verwaltung
- 21 Erziehung und Unterricht
- 22 Gesundheitswesen
- 23 Sozialwesen, gemeinnützige, soziale und persönliche Dienstleistungen
- 24 Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Umwelt
- 25 Kunst, Unterhaltung, Kreativwirtschaft und Erholung
- 26 Sonstige nicht spezifizierte Dienstleistungen